

Frau Landeshauptfrau
Mag.^a Gabi Burgstaller
Chiemseehof, Stiege 1
5010 Salzburg

Salzburg, am 20. Juli 2012
Zl.: A 528/12

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau,
liebe Gabi!

Der Ausschuss für Gesundheitspolitik und Gesundheits- bzw. Pflegeberufe in der Arbeiterkammer Salzburg hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Thema „Pflegeausbildungen NEU – aktueller Diskussionsstand“ auseinandergesetzt, dabei u.a. die Finanzierung der Pflegeausbildungen überfraktionell diskutiert und verweist auf folgende Probleme.

Das Land Salzburg hat, auf Basis einer Datenerhebung durch die GÖGmbH zu Recht erkannt, dass es dringend notwendig ist, ausreichend Pflegekräfte für den steigenden Bedarf auszubilden. Ab dem Jahr 2014 müssen zusätzlich zur derzeitigen Ausbildungskapazität ca. 100 diplomierte Fachkräfte und ca. 20 PflegehelferInnen pro Jahr allein für den Akutbereich mehr ausgebildet werden, um allein die Abgänge durch Pensionierungen decken zu können. Die Maßnahmen, die bisher ergriffen wurden, wie die Einrichtung einer Implacement-Stiftung, gehen daher in die richtige Richtung.

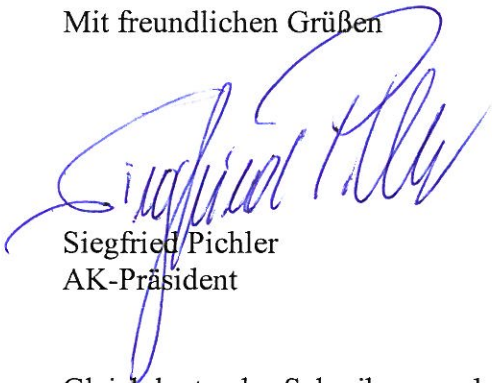
Wie sich zeigt, lassen hauptsächlich die Salzburger Landeskliniken einen Teil ihres benötigten Nachwuchses im Diplomausbildungsbereich über die Implacement-Stiftung ausbilden. Andere Krankenhäuser ohne Gesundheits- und Krankenpflegeschulen und damit ohne zugewiesenes Budget vom Land für Ausbildungen müssten für die Finanzierung der Ausbildungen, vor allem im Diplomniveau, auf andere Kostenstellen zurückgreifen. Da dies nicht möglich ist, wird von Finanzierungen im Diplomniveau über Stiftungsmodelle eher Abstand genommen.

Erwachsenenbildungseinrichtungen wie z.B. die Gesundheits- und Krankenpflegeschule des BFI bilden seit mehr als 20 Jahren auf hohem Niveau Pflegepersonen für das gesamte Bundesland aus. Dies ohne **langfristige Absicherung** der Finanzierung. Durch den Ausstieg des AMS aus der Kurskostenfinanzierung besteht für diese Ausbildungseinrichtung permanent erhöhter Verhandlungsbedarf für **jede Ausbildungsmaßnahme**. Eine langfristige Planung des notwendigen Mitteleinsatzes sowohl im Personal- als auch im Infrastrukturbereich wird immer schwieriger. Dies steht im krassen Gegensatz zum künftig benötigten Bedarf an Pflegepersonen für das Bundesland und der Bewerbersituation im Segment der Berufsumsteiger und Berufsumsteigerinnen, die hohes Interesse am Arbeitsmarkt Pflege haben.

Der Ausschuss für Gesundheitspolitik und Gesundheits- bzw. Pflegeberufe in der AK regt daher eine einheitliche Finanzierung der Pflegeausbildungen auf Landesebene an. Mit Hilfe eines „Ausbildungstopfes“, der von allen Arbeitgebern, die Pflegekräfte beschäftigen (wollen), analog ihrer Größe, des Nachwuchsbedarfes sowie der bisherigen finanziellen Aufwendungen gespeist wird, könnten die Ausbildungen speziell für BerufsumsteigerInnen längerfristig abgesichert werden.

Die Mitglieder des gesundheitspolitischen Ausschusses stehen selbstverständlich für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Siegfried Pichler
AK-Präsident

Gleich lautendes Schreiben ergeht an:

- LH-Stv. Mag. David Brenner
- LR Mag.^a Cornelia Schmidjell